



Protokollauszug zum AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Donnerstag, 09.11.2017, 17:05 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1

Anschlussunterbringung für Geflüchtete
- Festlegung weiterer Standorte

Vorl.Nr. 445/17

Beschlussvorschlag:

1. Die in den Anlagen dargestellten Flurstücke 6849/1, 8750/1, 4706, 6020/1 und 6021 werden für die Anschlussunterbringung von Flüchtlingen zur Verfügung gestellt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, in Kooperation mit der WBL alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um die Flächen schnellstmöglich zu bebauen.
3. Die Verwaltung wird darüber hinaus beauftragt, Bürgerinformationen vor Ort durchzuführen und rechtzeitig lokale Netzwerke in Kooperation mit Vereinen, Kirchen und Bürgern zu installieren.

Abstimmungsergebnis:

Eine Abstimmung findet nicht statt.

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** begrüßt die Anwesenden zur gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales und des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt. Der gemeinsamen Sitzung, die sich einem wichtigen Thema widmet, schließe sich eine reguläre BTU-Sitzung im Sitzungssaal des Rathauses an. Er weist darauf hin, dass das Fotografieren und Filmen im Sitzungssaal verboten sei. Die Presse habe um Fotoerlaubnis für eine Aufnahme gebeten; vonseiten des Gremiums und der Zuschauer werden keine Einwände vorgebracht.

EBM **Seigfried** ruft sodann den Tagesordnungspunkt 1 auf und erläutert, dass die aktuelle Situation der Anschlussunterbringung im September im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales vorgestellt worden sei. Es sei klar, dass es ohne neue Wohnobjekte nicht gelinge, die aus der Trägerschaft des Landkreises übertragenen Personen unterzubringen. In der öffentlichen Beratung im BSS sei die Verwaltung gebeten worden, die Standortsuche zu betreiben und das Ergebnis dem Ausschuss wiedervorzulegen. Unter Einbeziehung des Stabs Wohnen seien vier Standorte in die nähere Auswahl gekommen, die kurzfristig bebaubar sind. Bedingungen seien gewesen, dass sich die Grundstücke im Eigentum der Stadt oder der Wohnungsbau Ludwigsburg befinden, dass sie voll erschlossen und baurechtlich möglich sind und einer langfristigen Nachnutzung zugeführt werden können. Es gelte weiter der vom Gemeinderat beschlossene Grundsatz, dass die Personen gleichmäßig und gerecht auf das gesamte Stadtgebiet verteilt werden sollen. Die Gesamtzahl der in Ludwigsburg lebenden Flüchtlinge werde sich durch die Zuweisung des Landratsamtes nicht erhöhen.

Herr **Beck** (Fachbereich Sicherheit und Ordnung) stellt im Folgenden die 4 Standorte vor. Die Bebauung sei mit Cube11-Gebäuden der Wohnungsbau vorgesehen. Die Neubauten seien auch für Wohnungen nach der Landeswohnraumförderung vorgesehen.

EBM **Seigfried** ergänzt, dass die Unterbringung von Flüchtlingen in der Anschlussunterbringung zu den Pflichtaufgaben der Kommune gehöre. Die Unterbringung solle sozial ausgewogen und menschlich erfolgen, so schwierig diese Balance zu erreichen sei. Er gibt an, dass in der heutigen Sitzung keine Entscheidung zu treffen sei. Dies solle die erste öffentliche Beratung sein, an die sich die Beratung in den Fraktionen anschließe. Er betont, dass nichts alternativlos sei. Man wolle weiter am Ludwigsburger Weg festhalten, d.h. Bauten für kurzfristige Unterbringung von Flüchtlingen und langfristig für Wohnnutzung zu errichten. Die Vorschläge seien nun veröffentlicht werden, in der kommenden Woche werde man die Stadtteilausschüsse dazu anhören und vorgesehen sei eine Entscheidung im Gemeinderat am 22. November. Während des Sachvortrags der Verwaltung mahnt er wiederholt zur Ruhe im Zuschauerbereich des Sitzungssaals. Er eröffnet sodann die Aussprache.

Stadtrat **Noz** meint, dass unter den 600 Personen auch ca. 200 Kinder sind. Es brauche daher jegliche Infrastruktur, auch Parkplätze. Er fragt, ob die Gebäude ohne Unterkellerung für eine langfristige Nutzung bestehen bleiben sollen. Für normale Bauvorhaben seien Bebauungspläne nötig, die mindestens ein Jahr dauern würden. Dies werde nun nicht gemacht. Er wirft ein, dass die Thematik vor zwei Jahren bereits bekannt gewesen sei und man schon mit der Planung früher hätte beginnen können. Problematisch seien vor allem das Baurecht und der Proporz der Verteilung auf die Einwohnerschaft. Er stellt fest, dass Lösungen gefunden werden müssen und die Bürger mitgenommen werden müssen. Vor zwei Jahren sei man so verfahren und es habe geklappt. Für die Unterbringung mahnt er eine soziale Durchmischung an. Als Beispiel für eine vorübergehende Lösung spricht er die Jägerhofkaserne an, die dafür geeignet sei. Er fragt, welche Nationen in den Anschlussunterkünften zusammenwohnen werden.

Laut Stadtrat **Kasdorf** stelle sich die Fraktion der Verantwortung. Er appelliert für einen sensiblen Umgang mit dem Thema und spricht von einer großen Aufgabe, die man habe. Im Folgenden geht er auf die vier Standorte ein und erläutert die Sicht der Fraktion. Er erinnert beim Kleinen Wäldchen in Pflugfelden daran, dass BM Ilk bei der Potentialuntersuchung für Wohnflächen eine Bebauung am dortigen Gebiet als ungeeignet bezeichnet habe. Der Bolzplatz in Hoheneck solle nicht verschwinden oder zumindest an einen anderen Ort verlegt werden. Beim Standort Südstadt sei eine Nachverdichtung angemessen, allerdings solle das Gebiet insgesamt aufgewertet werden und keine Sozialneiddebatte aufkommen. So wie von der Verwaltung vorgeschlagen, seien zu viele Cubes geplant. Der Standort Strombergstraße wird als wenig geeignet empfunden. Es sei gut, dass in der heutigen Sitzung keine Entscheidung gefasst werde. Eine weitere Diskussion und die Beteiligung der Stadtteilausschüsse hält er für wichtig. Er plädiert dafür, auch die anderen Stadtteile einzubeziehen und die weitere Suche nach Standorten zu intensivieren.

Es sei eine schwierige Situation, so Stadträtin **Liepins**, für die Lösungen gefunden werden müssten. Sie plädiert für eine Vorberatung in den Stadtteilausschüssen, bevor im Gemeinderat entschieden werde. Sie bezeichnet es als Überraschung, dass so kurzfristig für 600 Menschen eine Obhut gesucht werden müsse. Mit der Unterbringung von bis zu 120 Personen an einem Standort, tue sie sich schwer, bei der angekündigten Unterbringung in Pattonville mit 150-170 Menschen sei die einhellige Meinung gewesen, dass dies zu viel sei. Der Ludwigsburger Weg mit der dezentralen Unterbringung von 60-80 Menschen pro Standort solle weiter gegangen werden. Sie schlägt vor, Poppenweiler und Oßweil in die weiteren Überlegungen aufzunehmen. Beim Quartier in der Stuttgarter Straße seien 10 Cubes zu viel und ein Eingriff in die Grünfläche nur vertretbar, wenn gleichzeitig das gesamte Gebiet aufgewertet werde. Die Vorschläge der Verwaltung in Pflugfelden

und in Hoheneck würden abgelehnt, die Fläche in der Osterholzallee könne man sich dagegen vorstellen. Im Gemeinderat am 22. November könne die Fraktion der Vorlage so nicht zustimmen.

Laut Stadträtin **Moersch** habe sie die Vorlage unvorbereitet getroffen. Auch die gemeinsame Sitzung sei ihr nicht bekannt gewesen. Die Entscheidung, die Beschlussfassung über die Vorlage nicht durchzuführen, hält sie für klug. Sie fordert die Verwaltung auf, alle Standorte bei Einbeziehung der Akteure neu zu untersuchen, und in ein ehrliches und offenes Dialogverfahren einzusteigen. Die Aufgabe sei zu schaffen. Dazu bittet sie um Erstellung einer Übersicht der jetzigen Standorte mit Flüchtlingswohnungen in Ludwigsburg.

Er sei sich bewusst, dass nicht alle mit den Planungen einverstanden seien, so Stadtrat **Heer**. Daher sei eine Beteiligung der Akteure nötig. Über die verschiedenen Standorte lasse sich streiten. Er nimmt Bezug auf die beabsichtigte Bewerbung der Stadt um die Landesgartenschau und auf die nun geplante Bebauung von Grünflächen in der Stadt. Er sieht alle vorgeschlagenen Standorte kritisch, die Auswahl zweifelhaft und hätte sie abgelehnt. Die Landesgartenschau dürfe nicht aufs Spiel gesetzt werden.

Stadtrat **Kube** gibt an, dass er sich weiterhin zur Solidarität mit Flüchtlingen bekennt. Er übt Kritik am Vorgehen der Verwaltung. So sei die Kommunikation mit den Beteiligten wichtig. Für den vorgeschlagenen Bolzplatz in Hoheneck sollten Alternativen gefunden werden oder ein Ersatz für den Bolzplatz. Eine Abkehr vom Grundsatz der dezentralen Verteilung hält er nicht für gut. Das Bedürfnis von Menschen und somit auch von Flüchtlingen eines Daches über dem Kopf sei ein Grundwert. Das Problem sei, dass bezahlbarer Wohnraum in Ludwigsburg rar sei. Daher sollte es ein gemeinsames Interesse aller sein, dafür zu kämpfen.

Stadträtin **Burkhardt** lobt die Verwaltung dafür, dass über die Vorlage nicht abgestimmt werden soll. Die betroffenen Bürger hätten vorher informiert werden sollen. Wichtig sei, dass Städte gut durchlüftet und dass keine unnötigen Flächen versiegelt würden. Das Ziel sollen menschenwürdige Wohnungen sein, die auch in den regulären Wohnprojekten untergebracht werden können. Sie schlägt die Gebiete Jägerhofkaserne, BIMA-Häuser in Grünbühl-Sonnenberg und Rückgebäude an der B 27 vor.

EBM **Seigfried** betont, dass alle vorgebrachten Einwände ehrenwert seien. Er stellt klar, dass die Wohnungsprobleme in Ludwigsburg nicht durch Flüchtlinge verursacht seien. Diese seien bisher noch kaum auf dem regulären Mietwohnungsmarkt angekommen. Die WBL sei dabei, viele Wohnungen zu bauen. Grundsatz des Gemeinderats sei immer gewesen, die Unterbringung von Flüchtlingen unabhängig vom Wohnungsbau zu entwickeln. Die angestrebte Lösung sieht vor, dass die jetzt als Wohnungen für Flüchtlinge vorgesehenen Unterkünfte später als Wohnungen oder Schulen zur Verfügung stehen. Die Objekte sollen 40-50 Jahre genutzt werden können. Er appelliert an den Gemeinderat, dass sich das Gremium der Verantwortung stellen solle. Bei der Kritik an den Standorten sei man offen für neue Vorschläge.

BM **Ilk** geht im Folgenden auf die baurechtlichen Gegebenheiten der Standorte ein. Das deutsche Planungsrecht sei für die Errichtung von Flüchtlingsunterkünften geändert worden.

EBM **Seigfried** führt aus, dass die Jägerhofkaserne kurzfristig nicht zu ertüchtigen sei. In der Vergangenheit seien Flächen für temporäre Nutzung geplant worden. Nun wolle man langfristig planen und lasse das Planungsrecht nachlaufen.

Stadträtin **Dr. Knoß** schlägt einen alternativen Standort an der Ecke Mörikestraße/Schlieffenstraße vor, der auch für Studentenwohnungen genutzt werden könnte.

Stadträtin **Burkhardt** erinnert an das Argument des Flächensparens. Sie fragt, wie viele Wohnbauten eine lebenswerte Stadt vertrage. Wohnungsnot herrsche aus ihrer Sicht nur für preiswerte Wohnungen.

Stadtrat **Rothacker** sagt, dass die emotionale Aussprache gut und wichtig sei. Die Stadt habe die Pflichtaufgabe, die Flüchtlinge aufzunehmen. Er plädiert dafür, dass die Stadtteilausschüsse konstruktive Vorschläge machen sollen.

EBM **Seigfried** fasst die Aussprache zusammen. So seien Anregungen und Vorschläge aus den Stadtteilausschüssen jederzeit willkommen. Zum einen solle die Planung von temporären Flüchtlingsunterkünften weitergehen, zum anderen sollen Flächen der Wohnungsbau Ludwigsburg, die für Wohnbebauung vorgesehen seien, auch Möglichkeiten der Flüchtlingsunterbringung vorsehen. Verkehrsbeziehungen, Stellplatzschlüssel und weitere Parameter würden hierbei berücksichtigt. Der Gedanke der Nachhaltigkeit werde nicht vergessen.

EBM Seigfried dankt für die Diskussion und schließt die gemeinsame Sitzung. Er weist darauf hin, dass sich der reguläre BTU im Rathaus anschließe.